

Der Wald stirbt?! Eine westdeutsche Debatte der 1980er Jahre

Einleitung: Alle Jahre wieder – Das Waldsterben

Anfang der 1980er Jahre erfaßte die Sorge um den Fortbestand des Waldes die westdeutsche Gesellschaft und versetzte sie in Aufregung. Selbst heute, rund 30 Jahre später, vermag das Schlagwort »Waldsterben« immer noch nicht nur Erinnerungen hervorzurufen, sondern auch Emotionen freizusetzen und längst geführte Kontroversen zum Leben zu erwecken. Dabei werden immer wieder dieselben Fragen gestellt und unterschiedlich beantwortet.

Daß der Wald nicht gestorben ist, zeigt ein Blick aus dem Fenster. Die apokalyptischen Prognosen aus Wissenschaft oder Medien haben sich – wie alle Beteiligten stets versichern – »glücklicherweise« nicht bewahrheitet. Doch allein aus der Tatsache des Nichteintritts ist nicht zu klären, *warum* ein Waldsterben nicht eingetreten ist, ob die Warnungen berechtigt und real fundiert waren. Wären Wälder großflächig abgestorben, wenn keine Maßnahmen der Luftreinhaltung getroffen worden wären? Oder hatten die ergriffenen Maßnahmen letztlich keinen Einfluß auf das Überleben der Bäume, deren vorgebliche »Erkrankung« dann rückblickend z.B. als Phänomen einer natürlichen Variabilität verstanden werden muß? Für beide Antwortmöglichkeiten finden sich bis zum heutigen Tage ernstzunehmende Argumente, und Forstwissenschaftler sind darüber nach wie vor uneins.

Das Waldsterben fand nicht statt, die Prognosen dazu waren falsch. Gab es das »Waldsterben« also nicht? Handelte es sich um eine kolossale wissenschaftliche Fehlprognose, ein »Medienmärchen« oder eine kollektive Hysterie? Oder ist die Waldsterbensdebatte ein Beispiel für eine umweltpolitische Erfolgsgeschichte, in der es gelang, ein drängendes Umweltproblem erst öffentlich zu debattieren und dann Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die bevorstehende Katastrophe im letzten Moment abgewendet werden konnte? Waren die schrillen Töne also notwendig, um Gesellschaft und Politik aufzurütteln und zum Handeln zu bewegen?

Heute argumentiert man gern mit dem gegenwärtigen Wissen darum, daß der Wald nicht gestorben ist – freilich auf Basis einer jeweils unbeweisbaren Hypothese über die Gründe des Nicht-Eintritts der Katastrophe. Häufig wird dabei rückblickend die eigene Rolle stilisiert: Man habe bereits damals gewußt, daß... oder man habe damals strategisch argumentiert, weil... Wenn der Fall nun so einfach gelagert wäre, dann wäre tatsächlich einem Journalisten zuzustimmen, der in einem resümierenden Beitrag forderte: »Das Waldsterben ist mittlerweile zu einer Altlast geworden [...]. Es ist an der Zeit, das Waldsterben endlich zu Grabe zu tragen – offiziell und öffentlich.«¹

¹ Heinz Horeis: Begrabt das Waldsterben! In: *Novo – Analysen für Zukunftsdenker*. Ausgabe 79 (Nov./Dez. 2005), <http://www.novo-magazin.de/79/novo7916.htm> [01.06.2012]

Ziel dieses Beitrags ist es, die Darstellung der Waldsterbensdebatte jenseits von Ökonalgie oder Ökoskepsis anzugehen und an diesem Beispiel einige Bedingungen zu erörtern, unter denen moderne Umweltdebatten funktionieren: Wie der Charakter des Problems die Art und Weise bestimmt, wie Umweltdebatten ablaufen; wie darin die unterschiedlichen Akteure – seien dies Wissenschaftler, Umweltpolitiker, Journalisten, Umweltverbände oder die Menschen im Alltag – mit unterschiedlichen Interessen, Fragen, Problemwahrnehmungen und Zielen auf die Phänomene blicken; und wie sie mit unterschiedlichen Heuristiken, Strategien und Werkzeugen an die Verarbeitung der Waldschadens-Erfahrung herangehen. Wir gehen davon aus, daß die Annahme zu kurz greift, es sei möglich, lediglich anhand von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und Daten zu einer objektiven Bewertung der Debatte zu kommen.

Grundlage für die folgende Darstellung sind die Ergebnisse eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts, das in einer interdisziplinären Kooperation des Instituts für Forstökonomie und des Lehrstuhls für Sozial-, Wirtschafts- und Umweltgeschichte an der Universität Freiburg durchgeführt wurde. Fünf Dissertationen setzen sich mit der Waldsterbensdebatte der 1980er und 1990er Jahre sowie deren Vorgeschichte auseinander und stellen dabei auch Vergleiche zu den entsprechenden Debatten in Frankreich und der DDR her.² Im Zentrum steht die Frage, wie die in verschiedener Hinsicht bemerkenswerte westdeutsche Debatte entstand und zwischen den beteiligten Akteuren verhandelt wurde. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und medialer Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Erst eine spezifische Konstellation dieser vier Akteure, so unsere zentrale These, hat eine so intensiv geführte Debatte ermöglicht. Darüber hinaus wird auch die internationale Dimension des »Waldsterbens« untersucht, das

² Martin Bemann: »Beschädigte Vegetation« und »sterbender Wald«. Zur Entstehung eines Umweltproblems in Deutschland, 1893-1970 (Umwelt und Gesellschaft, Bd. 5), Göttingen 2012 (im Erscheinen); Roland Schäfer: »Lamettasyndrom« und »Säuresteppe«. Das Waldsterben und die Forstwissenschaften 1979-2007 (Schriften aus dem Institut für Forstökonomie, Bd. 34), Freiburg 2012.; Birgit Metzger: Das Waldsterben. Geschichte eines westdeutschen Politikums, 1978-1986, Diss. Freiburg 2012, Mskr.; Tobias Huff: Hinter vorgehaltener Hand... Debatten über Wald und Umwelt in der DDR, Diss. Freiburg 2012, Mskr.; Laurent Schmit: Le Waldsterben. Die Debatte über Sauren Regen und Waldschäden in Frankreich, Diss. Freiburg 2012 (in Vorbereitung) . Weitere Publikationen aus dem Projektzusammenhang: Franz-Josef Brüggemeier: The Waldsterben. The Construction and Deconstruction of an Environmental Problem, in: Christof Mauch (Hrsg.): Nature in German History, New York, Oxford 2004, S. 119-130; Birgit Metzger /Martin Bemann /Roland Schäfer: Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche Waldsterben als historisches Phänomen, in: Revue d'Allemagne et des pays de la langue allemande 35, 2007, S. 423-436; Metzger / Bemann /Schäfer: »Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch«. Was hatte das Waldsterben mit dem deutschen Waldmythos zu tun?, in: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.): Mythos Wald, Münster 2009, S. 43-53; Roland Schäfer / Birgit Metzger: Was macht eigentlich das Waldsterben?, in: Patrick Masius/Ole Sparenberg/Jana Sprenger (Hrsg.): Umweltgeschichte und Umweltzukunft. Zur gesellschaftlichen Relevanz einer jungen Disziplin, Göttingen 2009, S. 201-227; Jens Ivo Engels: »Inkorporierung« und »Normalisierung« einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 40, 2008, S. 81-100; Roderich v. Detten: Umweltpolitik und Unsicherheit. Zum Zusammenspiel von Wissenschaft und Umweltpolitik in der Debatte um das Waldsterben der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010, S. 217-269.

über die westdeutschen Grenzen hinaus reflektiert und diskutiert wurde. In einer transnational vergleichenden Perspektive ist es möglich, einerseits die westdeutschen Besonderheiten herauszuarbeiten und andererseits die Bedingungen zu analysieren, unter denen Umweltdebatten in modernen Gesellschaften geführt werden und unter denen Umweltpolitik entsteht.

Betrachtet man vergleichend, wie andere Umweltprobleme – etwa der Klimawandel – diskutiert werden, wie das Thema Waldschäden / Saurer Regen in benachbarten Ländern bearbeitet, und wie das Problem der immissionsbedingten Waldschäden zuvor ein Jahrhundert lang öffentlich kaum wahrgenommen wurde, obwohl es bereits eine ausdifferenzierte wissenschaftliche Problematisierung gab, werden die Charakteristika des westdeutschen Waldsterbens in den 1980er Jahren deutlich:

- ein greifbares und für alles sichtbares Phänomen,
- engagierte Wissenschaftler, die als gesellschaftlich Verantwortliche in die Öffentlichkeit gingen
- Journalisten und Redaktionen, die den Wissenschaftlern eine Bühne boten und sie mit ihren Warnungen zu Wort kommen ließen
- eine starke Umweltbewegung, die das Thema schnell aufgriff
- eine allgemeine Krisenstimmung, in der das Waldsterben plötzlich wie ein apokalyptisches Zeichen wirkte
- eine umweltpolitische Vorgeschichte, die in der Waldsterbensdebatte der Umweltpolitik eine Möglichkeit eröffnete, längst vorbereitete Maßnahmen durchzusetzen, die zuvor jahrelang auf starke Widerstände von Lobbygruppen gestoßen waren.

Der folgende Text gliedert sich in drei Teile: Zunächst wird darauf eingegangen, was hinter der Rede vom Waldsterben steckt: Welche Phänomene wurden angesprochen, und wie verlief die Debatte zeitlich? Im zweiten Teil wird der Blick auf die unterschiedlichen Perspektiven gelenkt, unter denen Waldschäden gesehen wurden. Hier scheint vor allem das spannungsvolle Viereck von Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Medien prägend gewesen zu sein. Drittens und abschließend geht es darum, eine Lesart der Waldsterbensdebatte jenseits des Waldes zu skizzieren.

1. Der Wald stirbt – Verlauf der Debatte und Merkmale der Waldschäden

Wissenschaftler warnten erstmals 1979 vor einem großflächigen Waldsterben. Der Wald drohe innerhalb weniger Jahre komplett abzusterben, sofern nicht die den Saurer Regen verursachenden Abgase aus Industrie, Kraftwerken und Verkehr maßgeblich reduziert würden. Die Warnung vor der vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Katastrophe traf in der westdeutschen Gesellschaft auf offene Ohren: Im Lauf des Jahres 1981 rückte das Waldsterben allmählich ins Zentrum des öffentlichen Interesses und wurde im Sommer 1982 zum »Umweltproblem Nr. 1« gekürt.³ Eine breite

³ Das ergab eine Umfrage der deutschen Presseagentur im Sommer 1982, zitiert in: General-Anzeiger, 27.8.1982.

und emotional geführte öffentliche Debatte prägte die Jahre 1982 bis 1986. In dieser Zeit war das Umweltproblem »Waldsterben« fast täglich in Presse und Rundfunk präsent, Fernsehdokumentationen und Schallplatten wurden dem vermeintlich bevorstehenden Tod des Waldes gewidmet, Protestaktionen, Wahlkämpfe und Bundestagsdebatten drehten sich darum. Bundes- und Landesregierungen sahen sich unter dem großen Druck der Öffentlichkeit zum Handeln veranlaßt und ergriffen verhältnismäßig schnell umweltpolitische Maßnahmen. Diese umfaßten jährliche Waldschadens- bzw. Waldzustandsberichte, Verordnungen zur Verringerung der Luftverschmutzung, vor allem der angenommenen Hauptschadstoffe Schwefeldioxid und Stickoxide, sowie eine außergewöhnliche Forschungsförderung für die Forstwissenschaften.⁴

Nach der hitzigen Debatte der frühen 1980er Jahre ließ die Aufmerksamkeit für das Waldsterben ab Mitte des Jahrzehnts allmählich nach. Spätestens ab 1986 nahm die Zahl der Veröffentlichungen zum Thema zunächst in den Massenmedien und etwas später auch in wissenschaftlichen Journalen deutlich ab. Im Lauf der 1990er Jahre kamen die groß angelegten und großzügig geförderten Forschungsprojekte zu meist wenig beachteten Abschlüssen. Der Umgang der Forstwissenschaftler mit dem Waldsterben normalisierte sich allmählich. Die Wissenschaftler rückten zusehends von der Katastrophenprognose Waldsterben ab. Die Emotionalisierung und Politisierung des Problems ging deutlich zurück, und die Waldschäden wurden zunehmend primär als wissenschaftliche Fragestellung behandelt. Diese »Normalisierung« setzte sich als Wandel von der Waldschadensforschung zu einer breit ausdifferenzierten Waldökosystemforschung in den 1990er Jahren fort. Bundesregierung und Parlamente widmeten sich wieder verstärkt anderen Themen, nachdem die umweltpolitischen Beschlüsse, die der Rettung des Waldes dienen sollten, gefaßt worden waren.

Gleichzeitig blieb in weiten Teilen der Gesellschaft die Überzeugung verbreitet, der Wald sei weiterhin unmittelbar gefährdet. So sahen laut einer repräsentativen Umfrage 1988 rund zwei Drittel der Befragten die Zukunft des Waldes negativ; 24 Prozent glaubten sogar, daß er angesichts des Waldsterbens nicht mehr zu retten sei.⁵ Dabei trugen vor allem die seit 1984 jährlich vom Landwirtschaftsministerium veröffentlichten »Waldschadensberichte« (ab 1989 unter der Bezeichnung »Waldzustandsberichte«) zu einer Fortführung der Debatte bei. Die Vorstellung der Erhebungsergebnisse gab alljährlich noch Anlaß für parlamentarische Debatten sowie für eine Waldsterbens-Berichterstattung in den Massenmedien. Vor allem die Presse und Umweltverbände kommentierten die Ergebnisse lange routiniert im Sinne einer anhaltenden akuten Gefährdung des Waldes.⁶

⁴ Bundesminister des Inneren (BMI) (Hrsg.): Aktionsprogramm Rettet den Wald, Bonn 1985.

⁵ Wolfgang Ruske: Der Bundesbürger und seine Meinung zum Wald, in: AFZ 40/41 (1988), S. 1086-1087; für die 1990er Jahre vgl. Annette Braun: Wahrnehmung von Wald und Natur, Opladen 1999, S. 131-139.

⁶ Z.B. BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland): Über zwei Drittel des Waldes krank. BUND fordert waldverträgliche Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik. Pressemitteilung, 30.1.2008; AGDW (Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände): Waldzustand weiter besorgniserregend. Pressemitteilung, 30.1.2008; Robin Wood: ROBIN WOOD zum Thema Waldsterben. <http://www.robinwood.de/german/-wald/waldsterben/index.htm> [10.12.2008].

Heute wird nur noch selten und dann zumeist über das »ehemalige« Waldsterben geredet. Auch die Waldzustandsberichte werden immer seltener veröffentlicht. So einfach klingt die Geschichte des Waldsterbens, in ein paar Sätze zusammengefaßt.

Schaut man genauer hin, gibt es jedoch eine Reihe von Besonderheiten, die im Falle der Waldsterbensproblematik das Zusammenspiel von Wissenschaft, (Umwelt)Politik, Zivilgesellschaft und medialer Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage maßgeblich prägen und das Waldsterben zu einem Gegenstand machen, dessen Untersuchung einen Schlüssel sowohl zum Verständnis vergangener wie gegenwärtiger umweltpolitischer Debatten als auch zum Verständnis der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 1980er Jahre bietet.

Das allerorten sichtbare Sterben des Waldes

Die Besonderheit, aber auch das Problem mit dem Waldsterben beginnt mit seiner scheinbaren Sichtbarkeit und Anschaulichkeit – und einer zugehörigen Lesart. Um 1980 häuften sich alarmierende Berichte von Forstwissenschaftlern und -praktikern, die v.a. in den deutschen Mittelgebirgen vielerorts gleichzeitig und rasch auftretende Waldschäden von bisher ungewohntem Umfang beschrieben, welche nicht der Kategorie der allgemein bekannten direkten Rauchschäden in Nachbarschaft zu Industriekomplexen oder Kraftwerken zugerechnet werden konnten. In dieser Situation erwiesen sich die von ihnen beschriebenen Merkmale als greifbare »Krankheitssymptome«, die es erlaubten, die Schäden zu erfassen und zu verstehen. Zum Indikator für den Gesundheitszustand wurde die aktuelle Verlichtung der Baumkrone, die einem abstrakten Ideal- oder Normalzustand einer »vollen« Krone gegenübergestellt wurde. Als deutlichstes Anzeichen der Krankheit des Waldes galt also der Verlust eines größeren Teils der Nadeln oder Blätter. Populärwissenschaftliche Veröffentlichungen, Informationsbroschüren, Ausstellungen oder Presseberichte zeigten, wie selbst Laien einen gesunden von einem kranken oder toten Baum unterscheiden konnten. Auf Waldsterbenspfaden, im Rahmen von Waldführungen, Dia-Vorträgen oder im Biologieunterricht konnte jede(r) lernen, die auffälligsten Symptome selbst zu erkennen. Beim Spaziergang im Wald richtete sich der Blick auf »Storchennester«, »Lamettasyndrom« und »Kronenverlichtung«.

Was für viele Experten als Anzeichen einer tödlichen Erkrankung galt, hielten andere für erklärungsbedürftig. Hinter den Symptomen sahen sie eine Vielzahl möglicher Ursachen. Beunruhigt aber waren alle über die Allgegenwart der Phänomene und ihre rasche Ausbreitung über alle Regionen und Baumarten hinweg. Der Wald wurde zum Menetekel: Im analogen Denken zu menschlichen Krankheitsverläufen wurde die Vergilbung von Nadeln als Vergiftung, der Verlust von Nadeln als Ausfall wichtiger Organe, Kronenverlichtungen als fortgesetzte Schwächung beschrieben, die nicht anders als im vollständigen Absterben enden konnten. Der verlichtete Wald war zum Umweltproblem geworden, und mit dem Begriff »Waldsterben« existierte ein davor unbekanntes Phänomen nun als sichtbare Tatsache, zu der sich jeder Akteur – ob in Politik, Zivilgesellschaft, Medien oder Wissenschaft – in Beziehung setzen mußte. Dabei war die Sichtbarkeit eine scheinbare: Erst mit der Interpretation wurde (und

wird) die bloße Wahrnehmung von Phänomenen zu einer Information über einen vermeintlichen Gesundheitszustand – etwa eines Baumes.

Neuartigkeit und Dimension der Schäden

Auch wenn Rauchschäden seit fast 100 Jahren bekannte und in etablierten Entschädigungspraxen gleichsam »kontrollierte« oder kontrollierbare Phänomene waren, löste das, was Fachleute seit Ende der 1970er Jahre als neu erlebten und wahrnahmen, Erschrecken und Verunsicherung aus. Die Phänomene wie Vergilbungen oder Kronenverlichtungen wurden in der Forstpraxis und -wissenschaft als etwas in seiner Dimension bislang nicht Dagewesenes gesehen und bekamen dadurch besondere Brisanz – faktisch wurden die gezeigten Phänomene als ganz reale Veränderungen wahrgenommen. Neu erschienen den Fachleuten die weite geographische Verbreitung sowie das gleichzeitige Auftreten in allen Altersklassen und bei allen Hauptbaumarten. Neu war für die Experten aus Praxis und Wissenschaft auch das anscheinend rasche Fortschreiten der Schädigungen, das sich mit Blick auf Versuchsreihen und die ersten Waldschadenserhebungen zu Beginn der 1980er Jahre ergab. Irritierend war also die sich auf Forschungen stützende Verunsicherung der Fachleute – und nachgerade verständlich erscheint die sich daraufhin einstellende, von der Betroffenheit der Fachleute abgeleitete aufflammende Reaktion in Politik, Medien und Bevölkerung. »Wenn das so weitergeht«, – so der Münchner Forstbotaniker Peter Schütt – »dann Gnade uns Gott«.⁷

2. Zum Umgang mit dem Waldsterbensproblem

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage – besorgniserregende Phänomene, die für alle sichtbar waren, fehlendes Wissen über die genauen Ursachen sowie die zukünftige Entwicklung und eine mit Hilfe der Medien moralisch stark aufgeheizte Debatte – wird deutlich, daß die Aufregung um das Auftreten offensichtlich neuartiger, bislang nicht gekannter Schädigungen in deutschen Wäldern zu allererst als Risiko- und Unsicherheitsdebatte betrachtet werden muß. Beginnend in den Forstwissenschaften, deren Protagonisten mit drastischen Warnungen und Szenarien an Politik und Medien herantraten, wurde das befürchtete Sterben des Waldes zu einem Medienthema und zum Ausgangspunkt einer in Ausmaß und dramatischem Tonfall noch nicht dagewesenen gesellschaftlichen Diskussion um Naturnutzung und Naturschutz.

Mit Blick auf die Bereiche Wissenschaft, Medien, Umweltbewegung, Politik und Gesellschaft läßt sich zeigen, daß das Interesse, die Problemwahrnehmung und die Bearbeitungsstrategien jeweils große Unterschiede aufwiesen und sich gleichzeitig wechselseitig beeinflussten.

⁷ Bericht im Spiegel, 13.7.1981

a. Das Waldsterben in den Forstwissenschaften

Es waren Forstwissenschaftler, die um 1980 Alarm schlugen, weil sie Nadel- und Blattverluste an Bäumen, Vergilbungen und Bodenversauerungen bisher nicht gekannten Ausmaßes wahrnahmen. Die Schädigungen, die sich auch lokal nicht mehr eingrenzen ließen, interpretierten sie als Vorboten für ein großflächiges Absterben des gesamten mitteleuropäischen Waldes. Experten waren in den Medien präsent und wurden zu politischen Anhörungen sowie öffentlichen Vorträgen eingeladen. Über die umweltpolitischen Konsequenzen waren sie sich einig: Die Luftschadstoff-Emissionen von Industrie und Individualverkehr müßten dringend und deutlich reduziert werden.⁸

Es waren auch die Forstwissenschaften, die vom Waldsterben indirekt profitierten: Zwischen 1982 und 1995 investierte die Bundesregierung im Rahmen des Aktionsprogramms »Rettet den Wald« 465 Millionen DM in die Waldschadensforschung. Rund 850 Projekte gingen den unterschiedlichsten Erklärungen nach. Letztlich wirkte die Debatte um das Waldsterben gerade dadurch auch als Initialzündung zur Herausbildung einer modernen forstlichen Ökosystemforschung.

Für die Forstwissenschaften war das Waldsterben zuallererst ein Forschungsproblem, das die Komplexität ihres Gegenstandsbereiches »Wald und Mensch« in bislang nicht gekannter Zuspitzung bewußt machte – und das vor aller Augen, in einer Situation, in der alle Besorgnis empfanden und die Erwartungen an wissenschaftliche Aufklärung besonders hoch waren.

Die Unsicherheit und Uneinigkeit, die innerhalb der Wissenschaften über die genannten Grundannahmen bis zum heutigen Tage herrscht, beginnt allerdings bereits bei der Frage, ob die beobachteten Phänomene als »Symptome« für eine »Schädigung« oder »Erkrankung« bewertet werden können. Die sichtbaren Waldschäden werfen die Frage nach Kriterien für die Definition von abstrakten Begriffen wie »Normalität«, »optimaler Versorgung«, »Gesundheit«, »Krankheit« oder »Schädigung« auf – allesamt sehr werthaltige Begriffe, die keine wissenschaftlichen Kriterien im engeren Sinne darstellen.⁹

⁸ Gerade zu Beginn der Debatte herrschte ein breiter Grundkonsens über den Zusammenhang zwischen Immissionen und Waldschäden – zu verweisen ist hier z.B. eine gemeinsame Aktion von Experten, die mit einem umweltpolitischen Aufruf auf die Waldschäden öffentlichkeitswirksam aufmerksam machen und die eigene Verantwortung unter Beweis stellen wollen: Vereint in der Sorge um den Zustand des Waldes unterzeichnen 132 der namhaftesten deutschen Umwelt- und Forstwissenschaftler 1983 einen »Aufruf an die Regierung und die Bürger der Bundesrepublik Deutschland«. Hierin fordern sie »sofortige wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zur Verminderung der Luftverunreinigungen«. Zu den Unterzeichnern gehören auch Experten, die sich später von der Hypothese der hauptsächlich durch Luftschadstoffe verursachten Walderkrankung distanzieren – wenngleich sie meist in einer beliebten Formulierung »unabhängig von bestehenden Unklarheiten über die Ursache-Wirkungsbeziehungen hinter den beobachtbaren Waldschäden Maßnahmen der Luftreinhaltung aus Vorsorgegründen dennoch für sinnvoll halten«. Gefährdung der Wälder durch Luftverunreinigungen. Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, 1983 [ohne Ort].

⁹ Peter Brang (Hrsg.): Sanasilva-Bericht 1997: Zustand und Gefährdung des Schweizer Waldes – eine Zwischenbilanz nach 15 Jahren Waldschadensforschung, Birmensdorf 1998; siehe dazu auch Reinhard Hüttel, Neuartige Waldschäden, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Berichte und Abhandlungen, Bd. 5, Berlin 1998, S.131–215;

Und läßt sich Gesundheit tatsächlich am Merkmal der Belaubungs- oder Benadelungsdichte ablesen? Beim Wuchsverhalten von Bäumen handelt es sich um einen dynamischen, sehr starken Schwankungen unterliegenden Prozeß – und Bäume, die ihre Blätter fallen lassen, können sich durchaus wieder belauben, wenn die Wuchsbedingungen gut sind. Der Blick auf aktuelle Kronenverlichtungen, die auf das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren zurückgehen, erlaubt also nicht weit reichende Prognosen über das künftige Baumwachstum. Schließlich besteht zwischen dem Kronenzustand und Baumwachstum ein nur unspezifischer Zusammenhang: Selbst mit einer um 30 bis 60 Prozent reduzierten Blatt- oder Nadelmasse können Bäume noch ein durchschnittliches Wachstum aufweisen. In einem Handbuch aus dem Jahre 2007, das abschließend den Stand des Wissens zusammenfaßt, ist nicht mehr von Waldsterben oder von neuartigen Waldschäden die Rede. Es konstatiert stattdessen eine Schädigung von Waldökosystemen, die bereits dann vorliege, wenn der Eintrag an Luftverunreinigungen bestimmte Schwellenwerte überschreite.¹⁰ »Damit erschließen sich die Waldschäden nun endgültig nicht mehr über vielfältige Symptome an den Bäumen, sondern primär über die Betrachtung von Grenzwerten und Stoffhaushalten«.¹¹

Die Aufstellung einer allgemeinen, wissenschaftlich akzeptierten Erklärung für die Ursache hinter dem so umfangreichen Problemkomplex »Waldsterben« ist allein deshalb so schwierig, weil die zu erklärenden Phänomene sehr vielgestaltig und daher Gegenstand der unterschiedlichen forstlichen Teildisziplinen sind: Waldwachstum, Bodenkunde, Waldernährungslehre oder Botanik. Es erscheint kaum möglich, die unter unterschiedlichen disziplinären Herangehensweisen und vor dem Hintergrund verschiedener Forschungstraditionen (z.B. klassische Rauchschadensforschung, Bodenkunde, Waldwachstumskunde oder Forstpathologie) erzielten Forschungsergebnisse in ein Gesamterklärungsmodell zu integrieren und die unterschiedlichen Untersuchungsmethoden, Erklärungswege und -traditionen miteinander zu verbinden – wengleich dies in den Debatten über das Waldsterben versucht wurde und – wie wir heute sehen – zu zahlreichen Problemen geführt hat.

Als die innerhalb und außerhalb der Wissenschaften meistdiskutierten und bislang nicht widerlegten Hypothesen über die Ursachen des Waldsterbens gelten:¹²

- Versauerungshypothese: Säureeintrag über Luftschadstoffe führt zu Nährelementverlusten, Feinwurzelvergiftung und Destabilisierung des Waldes
- Stickstoffsättigungshypothese: Überdüngung und gleichzeitige Bodenversauerung führen zu Nährstoffmangel
- Ernährungshypothese: Nährelementmangel aufgrund natürlicher Faktoren oder früherer Nutzung z.B. der Laub- oder Nadelstreu
- Ozonhypothese: Schädigung der Assimilationsorgane von Nadeln/Blättern durch Ozonbelastung der Luft

Wolfram Elling / Ulrich Heber / Andrea Polle u. a.: Schädigung von Waldökosystemen: Auswirkungen anthropogener Umweltveränderungen und Schutzmaßnahmen, Heidelberg / München 2007, hier S. 51.

¹⁰ Elling / Heber / Polle: Schädigung von Waldökosystemen.

¹¹ Schäfer: »Lamettasyndrom«, S. VI.

¹² Nach Ernst Hildebrand: Neuartige Waldschäden: Legende oder Realität? – Ausmaß und mögliche Ursachen, in: Der Bürger im Staat, 51, 2001, S. 46-50.

In der Fachwelt und in den Medien wurden darüber hinaus weitere Hypothesen diskutiert, darunter etwa:

- Hypothese über Waldschäden als Ergebnis des Zusammentreffens natürlicher Waldkrankheiten bzw. aufgrund von klimatischen Extremereignissen
- Epidemiologische Hypothese: Ausbreitung pathogener Keime (z. B. Viren, Bakterien)
- Radioaktivitätshypothese, Mikrowellenhypothese

Diese Hypothesen sind in der Fachwelt bis zum heutigen Tage stark umstritten. Insgesamt wurden im Rahmen der Waldschadensforschung seit den 1980er Jahren mit großem Aufwand mehr als 100 Ursachenhypothesen untersucht, ohne daß sich eine in der Fachwelt allgemein akzeptierte Erklärung durchsetzen konnte. Stattdessen sprach (und spricht) man von einem »Streßkomplex« bzw. einer »Komplexkrankheit«, die für Waldschäden verantwortlich sei. Mit Ausnahme der Epidemie-Hypothese kann dabei kein Erklärungsansatz als ausdrückliche »Gegenhypothese« zur Theorie der Schadstoffbelastung gelten.

Der Begriff der Komplexkrankheit rechtfertigt einerseits Wissensdefizite und Grenzen der eigenen disziplinären Perspektive, andererseits läßt sich mit ihm die Notwendigkeit für weitere Forschungsförderung begründen. Tatsächlich stimmten darin alle Wissenschaftler überein, die sich sonst nur schwer auf eine gemeinsame Erklärungshypothese verständigen konnten: Aufgrund der Komplexität der Materie und angesichts der nicht geklärten Ursachen für die aufgetretenen Phänomene sahen sie erst einmal Forschungsbedarf. Die Rede vom »Ursachenkomplex« läßt sich also einerseits als Ausdruck der Unsicherheit und des Nicht-Wissens interpretieren. Doch wissenschaftlich ist der Begriff nicht hilfreich, da sich darunter sämtliche Hypothesen subsumieren lassen. Tatsächlich ist er geradezu wertlos, da er nicht falsifizierbar ist. Andererseits wirkte der Begriff integrierend und ermöglichte es, den unterschiedlichsten Ursachenhypothesen nachzugehen.

Neben dem Erkenntnisproblem führt das Waldsterben auch zur Frage nach dem Selbstverständnis der Wissenschaftler. Erkennbar ist, daß die an den Diskussionen beteiligten Forstwissenschaftler den enormen Zuwachs an Popularität und Einfluß – nie zuvor waren Forstexperten derart in den Medien und politischen Gremien als Gesprächspartner und Berater gefragt – im Sinne einer Steigerung ihrer moralischen Verantwortung erfuhren. Wissenschaftlichen Aussagen waren jeweils moralische Appelle an die Adresse der Umweltpolitik, nicht selten auch an die Gesellschaft, beigelegt, die eine Reduzierung des Schadstoffausstoßes forderten. In den Medien wurden die Forstwissenschaften vorwiegend von solchen Experten repräsentiert, die sich klar zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung äußerten und daher ausdrücklich umweltpolitisch argumentieren. Hier seien die Namen Bernhard Ulrich, Karl Friedrich Wentzel und Peter Schütt genannt.¹³

¹³ Bernhard Ulrich/Mayer Robert;/Partap K. Khanna: Deposition von Luftverunreinigungen und ihre Auswirkungen in Waldökosystemen im Solling, Frankfurt a.M. 1979; Karl-Friedrich Wentzel: Die Immissions-Epidemie kam keineswegs überraschend: Gegenüberstellung fachkundiger Aussagen von 1967 und 1983, in: Der Forst- und Holzwirt, 38, 1983, S. 453-458; Peter Schütt: Waldsterben – darf die Wissenschaft schweigen?, in: um-bits, 13. Jg, Nr. 5, 1983, S. 1-3.

b. Der sterbende Wald als Medienphänomen

Die Medien prägten mit ihren Codes und Konjunkturen den Verlauf der Debatte – zumindest ist es so, daß die Debatte vor allem durch die mediale Berichterstattung lebhaft erinnerlich ist. Hierzu ist bereits viel geschrieben worden, und es braucht nicht näher ausgeführt werden, daß sich das »Waldsterben« hervorragend zum Medienthema eignet.¹⁴ Mit den von Wissenschaftlern gezeichneten drastischen Szenarien, greifbaren Bildern, naheliegenden Bezügen zum deutschen Waldmythos und leicht zu verteilenden Rollen barg es viel Stoff für Journalisten.

Die SPIEGEL-Serie »Der Wald stirbt – Saurer Regen über Deutschland« vom November 1981 markierte den medialen Start der Waldsterbensdebatte. Presse, Hörfunk



Abb. 1: Spiegeltitel, 16.11.1981

und Fernsehen griffen die alarmierenden Prognosen der Wissenschaftler auf und vermittelten sie einer breiten Öffentlichkeit. Die Thematik bescherte hohe Auflagen und Quoten, und durch die Präsenz in den Medien rückte das Waldsterben auch auf der politischen Agenda ganz nach oben.

Auch Journalisten zeigten sich umweltpolitisch sensibilisiert und forderten ebenso wie viele Forstwissenschaftler Politik und Wirtschaft zum Handeln auf. Presse und Rund-

¹⁴ Rudi Holzberger: Das sogenannte Waldsterben. Zur Karriere eines Klischees: Das Thema Wald im journalistischen Diskurs, Bergatreute 1995; weitere Medienanalysen bieten Kim Otto: Thematisierungsstrategie in den Massenmedien und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger. Thematisierung und Deutung des Problems »Waldsterben« in den achtziger Jahren, Dortmund (Diss.) 2001; Steffen Kolb: Mediale Thematisierung in Zyklen: Theoretischer Entwurf und empirische Anwendung, Köln 2005.

funk berichteten vor allem zwischen 1981 und 1984 regelmäßig und in zahlreichen Beiträgen vom Zustand des Waldes und von Aktionen gegen das Waldsterben. Populäre Zeitschriften wie *Neue Revue* oder *Quick* starteten »Waldaktionen« und forderten ihre Leserinnen und Leser zum Engagement gegen den drohenden Tod des Waldes auf. Lokalzeitungen ebenso wie Frauenzeitschriften klärten darüber auf, was jede(r) Einzelne für den Wald tun könne. Dabei wurden wiederholt Bilder von kahlen Hängen, umgeknickten Baumstämmen oder Schornsteinen vor Sonnenuntergang gezeigt. Wie sich später herausstellte, war dabei der Anteil an eigenständiger journalistischer Recherche eher gering.¹⁵ Es waren immer wieder dieselben stark zerstörten Waldgebiete, die auf den Bildern zu sehen waren. Zahlreich waren Beiträge, die dem kranken Wald eine heile Waldromantik gegenüberstellten. Beschreibungen von »Baumgerippen« und »verküppelten Tannen«, Anklänge an Krankheit und Krieg luden die Debatte emotional auf, wobei die Forstfachsprache bereits vielfältige Anknüpfungspunkte für Aufladungen dieser Art und zivilisationskritische Deutungen bot.¹⁶

Nicht übersehen werden kann der durchgängig apokalyptische und emotionale Tonfall der Beiträge, die auch vor Vergleichen à la »ökologischer Holocaust« nicht Halt machten. Die Medienberichterstattung lebte von Stereotypen und der Verbreitung von Walduntergangsszenarien. Unbestritten ist, daß der Berichterstattung in Presse und Rundfunk auf diese Weise eine wichtige Rolle bei der Konstruktion des Phänomens Waldsterben zukam und daß sie sowohl Umweltpolitik als auch Wissenschaft unter einen gehörigen Handlungsdruck stellte. Allerdings können die Medien kaum als alleinige Konstrukteure des Problems und Treiber der Debatte gelten – oder, wie es ein bekannter Umwelthistoriker formulierte: »Reporter konnten dieses Waldsterben nicht erfinden.«¹⁷ Mit Blick auf die umweltpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung, auf das breite Engagement der Umweltverbände und die aktive Rolle von Wissenschaftlern in der öffentlichen Debatte können weder Politik noch Wissenschaftler als Opfer der Medien herhalten. Vielmehr nutzten alle nach ihren jeweiligen Einflußmöglichkeiten die Medien als Sprachrohre. Umgekehrt übernahmen Journalisten (und Redaktionen) bereitwillig und teils unkritisch Verlautbarungen von Wissenschaftlern, Politikern und staatlichen Institutionen.¹⁸

c. Das Waldsterben und die Umweltbewegung

Das Waldsterben traf um 1980 in eine starke und breit entfaltete Protest- und Bewegungskultur, die sich Anfang der 1980er Jahre hinsichtlich der Mobilisierungserfolge auf ihrem Höhepunkt befand. Eine breitere umweltpolitische Aktivierung hatte in der

¹⁵ Holzberger: Das sogenannte Waldsterben.

¹⁶ Vgl. Bemmann: »Beschädigte Vegetation«, Kap. 4.3, 5.3, 7; zu den historischen Hintergründen grundlegend: Sarah Jansen: »Schädlinge«: Geschichte eines wissenschaftlichen und politischen Konstrukts, 1840 - 1920, Frankfurt a.M. [u.a.] 2003, S. 257-317; Irene Seling: Die Dauerwaldbewegung in den Jahren zwischen 1880 und 1930 (Schriften aus dem Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg, Bd. 8), Freiburg 1997; allgemein: Roderich von Detten: Waldbau im Bilderwald: Zur Bedeutung des metaphorischen Sprachgebrauchs für das forstliche Handeln (Schriften aus dem Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg), Freiburg 2001.

¹⁷ Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie, München 2011, S. 239.

¹⁸ Holzberger: Das sogenannte Waldsterben.

bundesrepublikanischen Gesellschaft bereits in den 1970er Jahren stattgefunden. Zu dieser Zeit war eine Vielzahl unterschiedlicher Bürgerinitiativen entstanden, die sich mit Umweltthemen befaßte. Aus dem zuvor konservativ und elitär geprägten Naturschutz mit nur wenig aktiven Vertretern war eine aktive und heterogene Umweltbewegung mit einer relativ großen Protestbereitschaft geworden.¹⁹ Eines ihrer Hauptanliegen war, die Nutzung der Atomkraft für die Energiegewinnung zu verhindern. Um diese Frage war in den 1970er Jahren eine kontroverse und heftige Debatte mit spektakulären Protestaktionen entstanden.

In diesen engagierten und mobilisierten Teilen der Gesellschaft und ihren Institutionen wurde das neue Thema Waldsterben ab 1980 schnell aufgegriffen. Überall bildeten sich Arbeitskreise und Bürgerinitiativen vor Ort, die sich für die Rettung des Waldes engagierten. Anders als die Diskussionen um die Nutzung der Atomenergie oder die Auswirkungen der chemischen Industrie in den 1970er Jahren, die durch gesellschaftliche Polarisierung und teils heftige Auseinandersetzungen gekennzeichnet waren, bot das Waldsterben vielfältige Anknüpfungspunkte, die quer zu sozialen Milieus und politischen Überzeugungen lagen. Der drohende Tod des Waldes konnte in den 1980er Jahren ein breites Spektrum von Personen und Verbänden mobilisieren: neben Bürgerinitiativen, Umwelt- und Forstverbänden engagierten sich auch Jugendgruppen und kirchliche Kreise. Umweltschützer und Forstleute schlossen sich in regionalen und überregionalen Netzwerken zusammen und veranstalteten gemeinsame Aktionen verschiedenster Art. Dazu gehörten Kundgebungen ebenso wie Fahrraddemonstrationen, Waldbegehungen, Infostände, das spektakuläre Erklettern von Schornsteinen, die Besetzung von Kraftwerken, Straßentheater oder das Markieren geschädigter Bäume im Wald. Erklärtes Ziel war es, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, die breite Bevölkerung über Zusammenhänge aufzuklären und auf diese Weise Staat und Parlamente zum umweltpolitischen Handeln zu bewegen.

Aktiv wirkte diese heterogene »Umweltbewegung« darauf hin, daß ihre Anliegen weit in die Gesellschaft hineingetragen wurden, etwa durch populärwissenschaftliche Veröffentlichungen über ökologische Zusammenhänge, kommunales Engagement, Tätigkeiten in der Erwachsenen- und Jugendbildung oder praktische Ratschläge, wie jede(r) Einzelne das eigene Handeln im Alltag umweltfreundlicher gestalten könne. Dieser Ansatz entsprach der verbreiteten Deutung des Waldsterbens als einer allgemeinen ökologischen Krise der industriellen Gesellschaft. Ein grundlegender Wandel im Umgang mit den natürlichen Ressourcen, vor allem im (individuellen) Energieverbrauch, wurde für notwendig befunden, um die ökologische Katastrophe noch aufzuhalten. Auf diese Weise gelangten Anliegen, Themen, Haltungen und zum Teil Praktiken aus der Protestbewegung mit dem Waldsterben in die breitere Gesellschaft.

d. Das Waldsterben und die Umweltpolitik

Auch auf staatlicher Ebene hatten sich bereits in den 1970er Jahren Institutionen und Akteure etabliert, deren Hauptbetätigungsfeld der Schutz der natürlichen Umwelt war.

¹⁹ Grundlegend dazu: Jens Ivo Engels: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006.

Dazu gehörten Abteilungen in der staatlichen Verwaltung ebenso wie wissenschaftlich arbeitende Behörden und Gremien, darunter das Umweltbundesamt und der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Abgase aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und deren großräumige Verbreitung waren in den 1970er Jahren zunächst in der internationalen und etwas später auch in der nationalen Politik als schwerwiegendes Problem erkannt worden. Entsprechende Maßnahmen waren politisch allerdings lange nicht durchsetzbar, da sie als Hemmnis für die erwünschten wirtschaftlichen Entwicklungen gesehen wurden. Vor allem Wirtschaftspolitiker und Interessenvertreter bestritten vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise der 1970er Jahre die Notwendigkeit weiterer Umweltschutzmaßnahmen.

Die Anfang der 1980er Jahre entstehende große Aufmerksamkeit für die Waldschäden und die damit verbundene Sensibilisierung für umweltpolitische Fragen erleichterten politische Entscheidungen. In der öffentlichen Meinung wurde zwischen 1983 und 1985 die Bekämpfung des Waldsterbens direkt nach der Arbeitslosigkeit als Problem höchster politischer Priorität betrachtet.²⁰ Nun war es möglich, zuvor blockierte umweltpolitische Maßnahmen durchzusetzen: Kaum jemand zweifelte daran, daß dringend gehandelt werden müsse, um eine Umweltkatastrophe mit unabsehbaren Folgen zu verhindern.

Im Bundestagswahlkampf 1983 drückten alle großen Parteien ihre Sorge angesichts der fortschreitenden Waldschäden aus und versprachen im Fall ihrer Wahl, umgehend etwas dagegen zu unternehmen. Die Wahlen bestätigten einerseits die seit Herbst 1982 amtierende Koalition aus CDU/CSU und FDP, andererseits brachten sie die junge Partei DIE GRÜNEN und mit ihr die Anliegen der Umweltbewegung erstmals ins Parlament.

Von nun an waren es nicht mehr nur einige umweltpolitisch profilierte Politiker, die es auch zuvor in allen Parteien gegeben hatte, sondern alle im Bundestag vertretenen Parteien und ihre Vertreter in den ersten Reihen, die sich mit den Waldschäden und den erforderlichen Maßnahmen befaßten. »Der Schutz der Umwelt ist nach der Sicherung des Friedens die wichtigste Aufgabe unserer Zeit«, erklärte etwa der für den Umweltschutz zuständige Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Bundestag 1983.²¹ Auch Bundeskanzler Helmut Kohl nahm explizit und öffentlich Bezug auf das Waldsterben, dessen Bekämpfung Vorrang in der Politik der Bundesregierung habe.²² Wenig später verabschiedete die konservativ-liberale Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenprogramm gegen das Waldsterben. Das Aktionsprogramm »Rettet den Wald« umfaßte eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und gab den Rahmen für weite Teile der staatlichen Umweltpolitik bis Ende der 1980er Jahre vor.

Dabei warf das Waldsterben das politische Problem auf, daß eine offenbar unmittelbar bevorstehende Katastrophe verhindert werden mußte, über deren Ursachen jedoch vielfältige Zweifel und Kenntnislücken bestanden. Die Bundesregierung antwortete auf dieses Dilemma mit einer Doppelstrategie: Erstens stellte sie die Verminderung

²⁰ Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Ipos) / Manfred Berger / Wolfgang G. Gibowski: Meinungen zum Umweltschutz, Mannheim 1984.

²¹ Friedrich Zimmermann: Unsere Verantwortung für die Zukunft, in: BT PIPr. 10/22, 15.9.1983, S. 1429.

²² Helmut Kohl: Regierungserklärung, in: BT PIPr. 10/4, 4.5.1983, S. 65.

der Luftverschmutzung, die auch wissenschaftlich als wahrscheinlichste Ursache der Waldschäden galt, ins Zentrum ihrer Umweltpolitik. Zweitens förderte sie großzügig die Forschung, um die Frage der Ursachen zu klären. Das Problem der bestehenden Kenntnislücken und Unsicherheiten über das Phänomen und seine Ursachen wurde legitimatorisch durch das Vorsorgeprinzip überbrückt, dessen Verständnis im Zuge der Waldsterbensdebatte erweitert wurde. Drohte Gefahr für Mensch und Umwelt, sollten künftig Maßnahmen auch dann ergriffen werden, wenn Wirkungszusammenhänge noch nicht eindeutig geklärt wären.

Zu den wichtigsten umweltpolitischen Maßnahmen, die im Aktionsprogramm zusammengefaßt wurden, zählten bei Kraftwerken strenge Vorschriften zu Rauchgasentschwefelung und im Straßenverkehr die EG-weite Einführung des Katalysators und von bleifreiem Benzin. Durch sie gelang eine beträchtliche Verminderung der Luftverschmutzung, insbesondere des Schwefeldioxids. Dabei verließ sich die Bundesregierung in ihrer Umweltpolitik weitgehend auf das bereits bestehende technische und ordnungsrechtliche Instrumentarium im Umweltschutz und setzte überwiegend Maßnahmen durch, die in den 1970er Jahren angedacht und teils vorbereitet worden waren. Sie war besonders dort zum Handeln bereit, wo Umweltschutz mit Technik und Innovation zu vereinbaren war, in der Hoffnung, auf diese Weise wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu vereinbaren. Wo dies nicht der Fall war, stieß die umweltpolitische Handlungsbereitschaft der Bundesregierung schnell an Grenzen. Dies zeigte sich etwa bei der Diskussion über eine allgemeine Begrenzung der Geschwindigkeit auf Autobahnen, um die Emissionen aus dem Straßenverkehr zu senken. Die Maßnahme lehnte die Bundesregierung ab, obwohl ein relativ großer Teil der Bevölkerung sie zu diesem Zeitpunkt befürwortete.²³ Die vehemente Forderung der Umweltbewegungen und der GRÜNEN, verstärkt die Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung zu nutzen und die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der Energieerzeugung und ihres Verbrauchs zu ändern, wurden erst viel später aufgegriffen.

e. Das Waldsterben und die (west-)deutsche Gesellschaft :

Waldsterben im Alltag

Mit der Waldsterbensdebatte fand der Umweltschutz Eingang in die politische und gesellschaftliche Mitte und in den Alltag vieler Bundesbürger. Ausgehend vom Engagement der Umwelt- und Forstverbände sowie einer Vielzahl von Bürgerinitiativen entwickelte sich nicht nur eine regelrechte »Waldsterbenskultur«, sondern darüber hinaus eine Ökologisierung der westdeutschen Gesellschaft.

So sorgten sich Bundesbürger nahezu unabhängig von Alter, Geschlecht, politischen Präferenzen und sozialen Hintergründen um den Fortbestand des Waldes und befaßten sich verstärkt mit ökologischen Zusammenhängen. Das Waldsterben fand Eingang in populäre Sachbücher, Schulbücher und Lehrpläne, umweltpädagogische Spiele boomten ebenso wie Wissenschaftssendungen zum Thema. Forstämter konnten dem

²³ Ausführlich dargestellt bei Metzger: Das Waldsterben, Kapitel 7.

Bedarf an Waldführungen kaum entsprechen. Umweltbildung und Umweltbewußtsein griffen ineinander und beförderten sich gegenseitig. Auf diese Weise bildete sich im Laufe der Waldsterbensdebatte ein neues Umweltbewußtsein heraus, das sich durch einen starken Alltagsbezug auszeichnete: Hintergrund war die Überzeugung, daß nicht nur »die Industrie«, sondern letztlich jede(r) einzelne mit seinem Lebensstil Ursache für die schwerwiegenden Umweltprobleme sei.

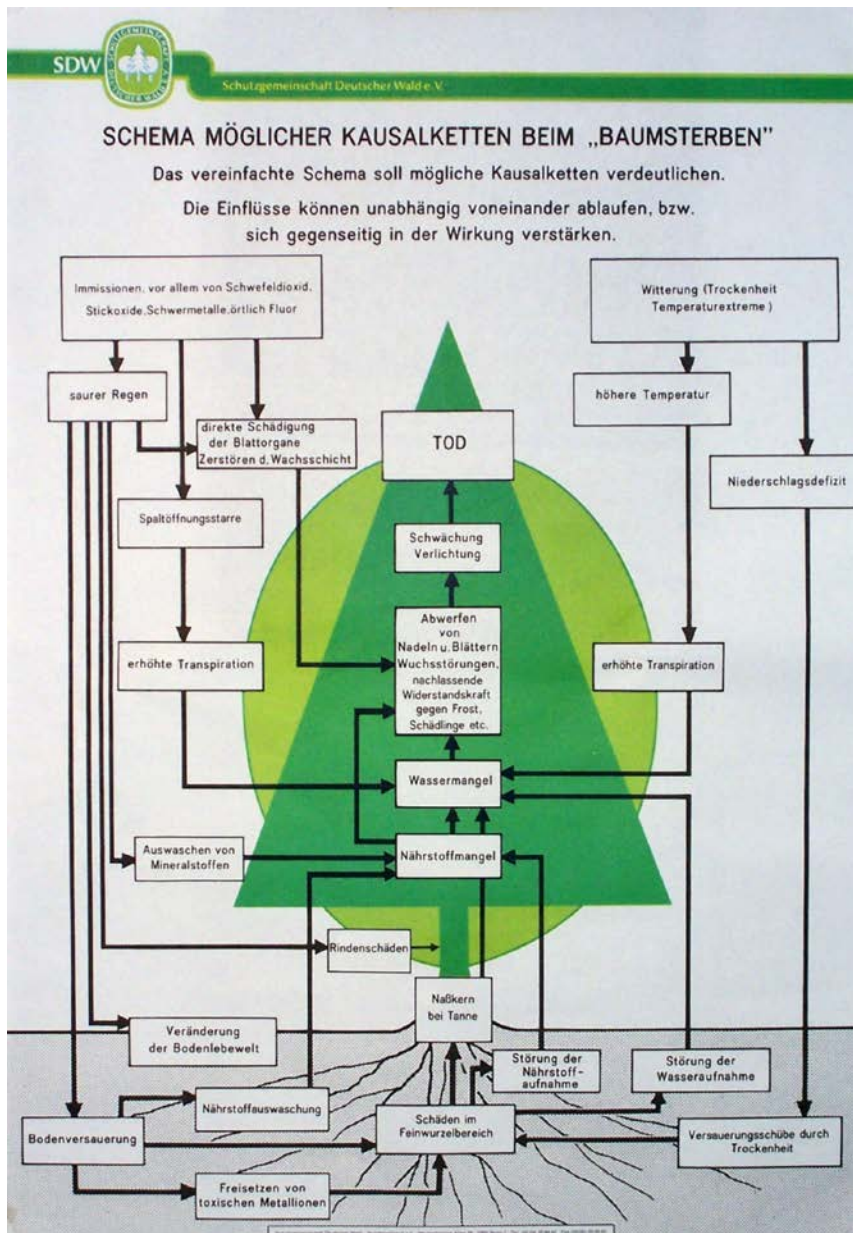


Abb. 2: Popularisierung ökologischen Wissens, Plakat der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Davon ausgehend wurde verstärkt die Frage debattiert, was der Einzelne in seinem Umfeld für die Umwelt tun könne. Nach einer Umfrage im Auftrag des Bundesinnenministeriums im Mai 1984 waren rund 60 Prozent der Bundesbürger bereit, ihre persönlichen Ansprüche zugunsten des Waldes zurückzuschrauben. In den Haushalten wurden der eigene Energieverbrauch diskutiert und energiesparende Maßnahmen umgesetzt, vom »vernünftigen« Heizen bis zum Einbau von Thermostaten. Viele Autofahrer investierten noch vor der verpflichtenden Einführung des Katalysators in abgasarme Autos. Andere schafften das Auto ganz ab oder stiegen auf das Fahrrad und den öffentlichen Nahverkehr um. Kommunen wie München, Kassel oder Hamburg unterstützten Aktionen von Umweltschützern für ein Tempolimit und erarbeiteten lokale Konzepte zur Energieeinsparung und Emissionsreduzierung.

Die Deutschen und ihr Wald

Das Waldsterben läßt sich in zweifacher Hinsicht als westdeutsche Selbstverständigungsdebatte verstehen. Erstens ging es um das Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft als hochtechnisierte Industriegesellschaft zur Natur. Diskutiert wurde nicht nur über den Wald und seine drohende Zerstörung durch Luftschadstoffe. Im Hintergrund wurde stets der menschliche Naturbezug im Allgemeinen verhandelt. Denn im Zeichen der populären Ökosystemtheorie wurde der Wald als Element in einem komplexen System verstanden, in dem Veränderungen in einem Bereich vielfältige Wechselwirkungen mit anderen Bereichen hätten. Die Zerstörung des Waldes, so das düstere Zukunftsszenario, löse unweigerlich eine ökologische Kettenreaktion aus, deren Auswirkungen unabsehbar seien. Bei »völliger Entwaldung« sei mit Bodenerosion, Schadstoffakkumulation, Überschwemmungen, Grundwasserabsenkungen, Klimaextremen, Ertragseinbußen in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft, Schadstoffbelastung von Trinkwasser, Atemluft und Nahrungsmitteln zu rechnen. Gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen wurden erwartet und in der Waldsterbensdebatte ständig thematisiert. Vor diesem Hintergrund erlangte auch das in der Waldsterbensdebatte omnipräsente Schlagwort »Stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch« neue Bedeutung.²⁴

Der Wald wurde auf diese Weise zum Symbol der Natur schlechthin, die durch eine industrialisierte Gesellschaft bedroht erschien, das Waldsterben wurde zum Sinnbild der von vielen befürchteten ökologischen Krise oder Katastrophe. Gleichzeitig diente der Wald als Gegenwelt, als Schatten der Zivilisation, auf den neue und alte kultur- und zivilisationskritische Positionen projiziert wurden. So griff etwa der Forstpathologe Peter Schütt diese Kritik in seinem viel verkauften populärwissenschaftlichen Sachbuch auf: »Hinter all dem steht ein und dieselbe Ursache: rücksichtsloses Gewinnstreben und ausuferndes Wirtschaftswachstum.«²⁵

Zweitens knüpfte die Waldsterbensdebatte unmittelbar an die Anfang der 1980er Jahre aufkeimende Auseinandersetzung um das (west-)deutsche Selbstverständnis von

²⁴ Z.B: Deutscher Forstwirtschaftsrat: »Wald und Immissionsschutz«, in: AFZ Nr. 34 (1979), S. 1376.

²⁵ Peter Schütt: Der Wald stirbt an Stress, München 1984, S. 230.

Nation und Identität an. Darin spielte der Wald die Rolle eines einigenden Faktors über die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze hinweg. Verwiesen wurde auf die deutsche Literatur, vor allem die der Romantik. Beschwörungen des deutschen Waldmythos, also die Vorstellung, daß es ein besonderes Verhältnis von »deutscher Kultur« und »deutschem Wald« gäbe, waren fast omnipräsent. So erschien das Waldsterben gleichsam als Gefährdung deutscher Kultur(-landschaft) und Nation. Mit den Warnungen vor der »Versteppung« bzw. »Verwüstung« der Landschaft wurde nicht selten die Befürchtung vor einem kulturellen Niedergang verbunden, eine »Kultur-Katastrophe«, wie die Zeitschrift »Bild der Wissenschaft« im Dezember 1982 formulierte, bzw. eine »nationale Kultur-Katastrophe«, wie der BUND-Vorsitzende Hubert Weinzierl präziserte.²⁶ Auch der sich als links-alternativ verstehende Umweltverband Robin Wood verwendete diese Bezüge: Aktivisten besetzten am 28. August 1983, dem Geburtstag König Ludwigs II., das Schloß Neuschwanstein – ein Symbol des romantischen Deutschland – und befestigten dort ein Transparent mit der Aufschrift »Rettet die Heimat«.²⁷

Der Wald als gemeinschaftsstiftendes Symbol schien Anfang der 1980er Jahre als positiver, anscheinend harmloser Bezugspunkt gut für das Bestreben geeignet, die (west-)deutsche Identität zu stärken. Dabei konnte an etablierte Muster nationaler Identifikation angeknüpft werden.²⁸ Dies deutet auch darauf hin, daß es kein Zufall war, daß gerade der Wald zum Gegenstand einer solch großen und anschlussfähigen Debatte wurde, und zeigt zugleich, wie sehr sich die Beobachtung und Deutung der neuen Problemlage »Waldsterben« in bekannten Kategorien bewegte.

Schwarzwald ade? Das Waldsterben als Problem einer Region

Im Schwarzwald war das Waldsterben nicht nur ein Umweltproblem, es schien die Identität der ganzen Region zu gefährden. Schon in den 1970er Jahren sprachen Forstleute hier vom »Tannensterben«. Besonders Schäden im Münstertal und auf den Kammlagen im Nordschwarzwald wurden öffentlich thematisiert. Neben Waldbesitzern und Landwirten, die auf Erträge aus dem eigenen Wald angewiesen waren und sich um den sinkenden Wert des Waldes sorgten, fühlte sich die Tourismusbranche vom drohenden Tod des Waldes betroffen, sie fürchtete um das Image der Region. Als der Spiegel 1984 berichtete, daß sich in keiner anderen Region der Bundesrepublik das Siechtum der Bäume so dramatisch beschleunige, die im Schwarzwald typische Tanne vom Aussterben bedroht sei und so ein Stück »deutsche Waldheimat« verloren gehe, wurde der vermeintlich sterbende Schwarzwald bundesweit zu einem wichtigen

²⁶ Hubert Weinzierl: »Das Ökosystem Wald kippt um. Eine nationale Kultur-Katastrophe«, Dez. 1982, in: BArch Koblenz B 342/917; Bild der Wissenschaft Nr. 12/1982, S. 3.

²⁷ Volker Lange/Wingert Erdmann (Hrsg.): Und vor uns sterben die Wälder, Reinbek bei Hamburg 1984.

²⁸ Allgemein zur Rolle des Umweltbewußtseins für die deutsche Identitätsstiftung und dessen Anschlußfähigkeit an etablierte Muster der Identifikation: Axel Goodbody: Anxieties, visions and realities: Environmentalism in Germany, in: Ders. (Hrsg.): The culture of German environmentalism: anxieties, visions, realities New York u.a., 2004, S. 33-43; ähnlich Sonja Boehmer-Christiansen/Skea Jim: Acid Politics: Environmental and Energy Policies in Britain and Germany, London 1991, S. 67-69; zuletzt Frank Uekötter: Am Ende der Gewissheiten. Die Ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt 2011, S. 15.

Symbol in der Debatte. Am Beispiel des Schwarzwalds läßt sich damit zeigen, wie einzelne Regionen zu umweltpolitisch bedeutsamen Schauplätzen werden.

Zugleich ist der Schwarzwald auch ein gutes Beispiel dafür, wie das Thema Waldsterben trotz der gesellschaftsübergreifend geteilten Sorge über die Waldschäden zu polarisieren vermochte. Für den Fremdenverkehrsverband war das Waldsterben nämlich ein brisantes Thema: Mit dem Wald war das wichtigste touristische Kapital gefährdet. Einerseits bestand Grund genug, in die verbreitete Klage über den sterbenden Wald einzustimmen, um wirksame Gegenmaßnahmen zu fordern. Andererseits drohten dramatische Berichte über Schäden auf den Schwarzwaldhöhen oder am Mummelsee potentielle Besucher abzuschrecken. Die Tourismusbehörden hatten an düsteren Horrormeldungen kein Interesse. Tatsächlich mußten in den 1980er Jahren, vor allem in den Kurorten, zahlreiche Hotels schließen – allerdings infolge von Sparmaßnahmen der Krankenkassen. Einige Hoteliers in Neustadt gingen 1984 in die Offensive: Wer mit einem PKW anreiste, der bereits mit Katalysator ausgestattet war, wurde gratis bewirtet oder konnte drei Tage kostenlos Urlaub machen.

Wie stark die Branche sich unter Druck gesetzt sah, kann der kleine Skandal um eine Postkarte illustrieren, in den eine Druckerei in Kirchzarten 1984 geriet. Eine eigens er-



Abb. 3: Kunst-Postkarte, Kirchzarten 1984, Herausgeber: Hanspeter Schweizer

stellte Kunst-Postkarte zeigte eine mit Gasmasken posierende Bollenhutträgerin vor kahler Schwarzwaldkulisse. In vielen Schwarzwaldgemeinden war das Entsetzen vom Bürgermeister bis zum örtlichen Stammtisch groß: Die Postkarte gefährdete den Fremdenverkehr und betriebe Rufmord an der Region – der Vertrieb müsse gestoppt, der

Druckerei Aufträge entzogen werden. Schließlich entstehe hier das Bild, »unsere quickfidelen Maidle müßten jetzt mit Gasmasken durch den Gesundbrunnen Schwarzwald laufen«. ²⁹ Tatsächlich beugte sich die Druckerei dem öffentlichen Druck.

Der Schwarzwald war auch Ausgangspunkt einer bundesweit und weit über die Grenzen der BRD ausstrahlenden Bewegung. Im Frühjahr 1983 schlossen sich 16 Gruppen, Vereine und Parteien in der »Freudenstädter Aktionseinheit gegen das Waldsterben« zusammen. Unter den Aktiven fanden sich neben dem Revierförster so unterschiedliche Gruppen wie die Naturfreunde, eine Ökologie-AG am Gymnasium oder der Schwarzwaldverein. Das Netzwerk koordinierte und organisierte Aktionen auf kommunaler, bald auch auf bundesweiter und internationaler Ebene und agierte zusammen mit den »Großen« der Umweltbewegung – BUND, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und – deutlich kleiner – Robin Wood. Anlässlich der ersten von vier bundesweiten Aktionskonferenzen gegen das Waldsterben, die 1983 in Freudenstadt stattfand, entstand der »Freudenstädter Appell«, der zu einem zentralen Dokument im Kampf gegen das Waldsterben wurde. Zum Abschluß der Konferenz 1983 widmete die Aktionseinheit jedem und jeder Abgeordneten des Deutschen Bundestags einen Baum mit Namensschild im Stadtwald. Etliche Politiker statteten in den folgenden Jahren dem Patenwald einen Besuch ab, so auch der Bundestagsinnenausschuß. Freudenstadt rückte zeitweise in den Fokus als »Stadt des Waldsterbens«, sehr zum Mißfallen der Tourismusbranche. 1984 verabschiedete der Gemeinderat das »kommunale Programm zur Reinhaltung der Luft«, das auf Forderungen der Aktionseinheit basierte. Die Stadt verpflichtete sich, den Energieverbrauch und den Ausstoß von Luftschadstoffen zu senken, etwa durch die Einführung von bleifreiem Benzin. Die Kurgäste sollten animiert werden, mit der Bahn anzureisen. Das Programm wurde zum Vorbild für viele andere Kommunen – und erweist sich im Rückblick als visionärer Schritt im kommunalen Umweltschutz.

3. Versuch einer Einordnung

Die Waldsterbensdebatte als Zusammenwirken mehrerer Faktoren

Die Waldsterbensdebatte der 1980er Jahre entstand in einem Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse und ihre umweltpolitischen Interpretationen griffen dabei ineinander, beeinflussten sich wechselseitig und verknüpften sich zu Katastrophenprognosen. Diese beunruhigten sowohl Wissenschaftler als auch Politiker, Journalisten und nahezu die ganze westdeutsche Gesellschaft. Das Ergebnis war eine in dieser Form nie dagewesene, engagiert und intensiv geführte Umweltdebatte, in der es zum einen darum ging, wie der Wald noch gerettet werden, und zum anderen, wie die Zukunft der Bundesrepublik als moderne Industriegesellschaft unter ökologischen Vorzeichen aussehen könne.

Auf die Situation der Ungewißheit und der vermeintlich drohenden Katastrophe reagierten Politik, Wissenschaftler, Medien und Zivilgesellschaft in vielfältiger Weise: Im

²⁹ Die Zeit, 3. Januar 1986.

Bereich der Politik sind einige umweltpolitische Entscheidungen zu nennen: die verpflichtende Einführung der Rauchgasentschwefelung für große Verbrennungsanlagen; die EG-weite Einführung des Katalysators und bleifreien Benzins für Kraftfahrzeuge. In den Forstwissenschaften hat sich im Bereich der ökologischen Grundlagenforschung ein Verwissenschaftlichungs-, Ausdifferenzierungs- und Modernisierungsschub ergeben. Durchgesetzt hat sich das ökosystemare Denken und Forschen. Die wirksamen Impulse für eine breit gefächerte Waldökosystemforschung auf der Basis eines umfassenden Umweltmonitorings sind bis heute nicht zu unterschätzen.

Im gesellschaftlichen Bereich sind die Aspekte Umweltbildung und Umweltbewußtsein zu nennen: Die Umweltbewegung, die in den 1980er Jahren eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz erlangte, hat stark zu einer Popularisierung ökologischen Wissens beigetragen und zu einer Sensibilisierung für Belange des Umweltschutzes und einer nachhaltigen Ressourcennutzung auch als moralische Verpflichtung für den Einzelnen geführt. Immer mehr Bundesbürger begannen, sich als Teil eines übergreifenden ökologischen Systems zu sehen, die mit eigenem umweltschädlichen Verhalten zur Naturzerstörung – aber eben auch mit eigenem bewußten Verhalten zur Erhaltung des Waldes und der Natur beitragen konnten.

Die Situation der Krise und Unsicherheit führte zu einem seltenen gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung von Umwelt- und Naturschutz und im Bereich der Umweltpolitik zu einem erweiterten Verständnis des Vorsorgeprinzips. Umweltpolitik zielte fortan nicht mehr alleine darauf, Umweltprobleme bereits vor ihrer Entstehung zu verhindern (statt sie anschließend zu beseitigen), sondern legitimierte politische Entscheidungen unabhängig davon, ob der eindeutige wissenschaftliche Nachweis der Kausalbeziehungen erbracht war; wissenschaftlich begründete Anhaltspunkte und plausible Argumente sollten genügen. Politisches Handeln war also schon dann gerechtfertigt, wenn man nicht mit wissenschaftlicher Sicherheit sagen konnte, daß Luftschadstoffe tatsächlich ursächlich für die Schädigungen verantwortlich waren – es reichte die Wahrscheinlichkeit, daß sie zu den Schädigungen beitrugen, und sei es auch nur im Rahmen eines größeren Ursachenkomplexes. Diese Argumentationslinie gab der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt in einem Gutachten von 1983 vor.³⁰ In der Begründung für das Vorsorgeprinzip durch den SRU wird ein weiteres Charakteristikum deutlich: Als hinter dem Wald die Bedrohung des Menschen erkennbar wurde (»Erst stirbt der Wald, dann der Mensch«), gewann die Debatte an Fahrt. Das Motiv für den Schutz der Umwelt war die Bedrohung, die man für den Menschen wahrnahm.

Das Waldsterben als Teil der ökologischen Modernisierung

Diese Aspekte lassen sich auch als Elemente einer ökologischen Modernisierung der Bundesrepublik begreifen.³¹ Darunter lassen sich, abstrakt formuliert, folgende Aspekte subsumieren:³²

³⁰ Sachverständigenrat für Umweltfragen: Waldschäden und Luftverunreinigung, Stuttgart / Mainz 1983.

³¹ Metzger: Das Waldsterben.

- Umweltpolitik wird nicht mehr als Widerspruch zur ökonomischen Entwicklung verstanden, sondern Wirtschaftswachstum und Umweltschutz werden als vereinbare Ziele angesehen. Ein Schlüssel dazu ist die Überzeugung, technische Innovationen ermöglichen ein umweltschonendes Wirtschaftswachstum.
- Wissenschaftliche Experten spielen eine wichtige Rolle bei dem Bestreben, Natur stetig besser verständlich zu machen.
- Gesellschaftliche Akteure beteiligen sich zunehmend an der Umweltpolitik. Von Seiten der Politik werden ihnen mehr Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt, um eine größere Akzeptanz umweltpolitischen Handelns zu erreichen. Auf diese Weise wird die Umweltbewegung zunehmend integriert, Interessensgegensätze werden niederschwelliger ausgetragen und polarisieren weniger.
- Das Umweltbewußtsein in der Gesellschaft nimmt zu und findet seinen praktischen Niederschlag in Form nachhaltigen Konsums und umweltbewußten Lebenswandels.

Akzeptiert man die These von der wichtigen Funktion, welche das Waldsterben im Rahmen der ökologischen Modernisierung der BRD einnimmt, kann die damit verbundene Debatte als Beispiel für den erfolgreichen Umgang einer Gesellschaft mit Unsicherheit und ökologischen Risiken unter starkem Handlungsdruck beurteilt werden. Nur wer annimmt, daß sich ein solcher Modernisierungsprozeß aus sich selbst heraus und ohne eine engagierte öffentliche Debatte ergeben kann, wird das Waldsterben als »politischen Irrweg«, »Altlast« oder »Teil eines lähmenden Gespinstes aus Besitzständen, Pfründen und gedankenlosen Ritualen« bezeichnen können, »das sich wie Mehltau über die Gesellschaft gelegt hat«.³³

Kritisch bleibt dennoch zu fragen, ob der Katastrophismus, ob starke Übertreibungen und die starke emotionale Aufladung tatsächlich notwendig waren, um etwas zu bewegen. Mobilisiert nur die Angst vor der großen Katastrophe gegen das Eintreten der mittleren Katastrophe? Soll das Urteil über das Waldsterben differenziert ausfallen, so müssen die mit der Waldsterbensdebatte verbundenen umwelt- und gesellschaftspolitischen Errungenschaften genauso berücksichtigt werden, wie auch die schrillen Töne, der gleichsam ritualisierte Alarmismus und das Schematische der öffentlichen Debatte in Rechnung zu stellen sind.

Außerdem verweist ein genauer Blick auf die Waldsterbensdebatte auf die Grenzen der damaligen Umweltpolitik. Es ist leicht erkennbar, wie die Regierung bekannten Pfaden und Routinen folgte und wie sich die Bearbeitung entlang von Anschlußfähig-

³² Hajer, Maarten: *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford 2005; Mol, Arthur P.J./Spaargaren, Gert/Sonnenfeld, David A.: *Ecological Modernisation. Three Decades of Policy, Practice and Theoretical Reflection*, in: Arthur P.J. Mol (Hrsg.): *The Ecological Modernisation Reader. Environmental Reform in Theory and Practice*, London 2009, S. 3-14.

³³ Horeis: *Begrabt das Waldsterben!*

keit und Passung zu technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten entwickelte.³⁴ Die Rahmung und Interpretation des Problems und der Gegenstrategien folgte den verfügbaren Kapazitäten. Dagegen wurde dem vor allem aus der Umweltbewegung gegebenen Impuls, die Energie- und Ressourcenpolitik sowie das Paradigma des wirtschaftlichen Wachstums grundsätzlich zu hinterfragen, nicht ernsthaft nachgegangen. Darauf deutet auch der Wandel der Waldsterbensdebatte hin: Zunächst geriet mit der Bedrohung des Waldes die gesamte Mensch-Umwelt-Beziehung auf den Prüfstand, die Frage nach Alternativen wurde aufgeworfen. Diese fundamentale politische Kritik an der westdeutschen Industriegesellschaft verstummte über die Jahre hin mehr und mehr. Stattdessen setzte sich ein instrumenteller, auf eine technologische Bewältigung der Schäden ausgerichteter Pragmatismus durch.

Was bleibt?

Das Beispiel des Waldsterbens zeigt, wie die westdeutsche Gesellschaft in der schwierigen Situation eines großen wahrgenommenen Risikos sowie vielfältiger Ungewissheiten und objektiven Nicht-Wissen politische Entscheidungen getroffen und auf verschiedenen Ebenen Veränderungen angestoßen hat. Dies bleibt ein Erfolg der Waldsterbensdebatte.

Von den forstwissenschaftlichen Experten mag freilich niemand Entwarnung geben. Über den Zustand der Wälder in Deutschland liegen seit dem Jahr 1984 Berichte auf der Grundlage eines landesweit einheitlichen Inventurverfahrens vor. Der Blick auf die Statistik seit den 1980er Jahren zeigt keinen eindeutigen Trend: Im Jahr 2010 weisen 23 Prozent der Bäume aller Baumarten deutliche Kronenverlichtungen (Schadstufe 2 bis 4) auf, gegenüber 27 Prozent im Jahr 2009³⁵. Seit Ende der 1980er Jahre werden außerdem – auch das ein Erbe der Waldsterbensdebatte – unter dem Begriff Forstliches Umweltmonitoring europaweit sehr differenzierte Erhebungen über den Gesundheitszustand der Wälder durchgeführt.³⁶ Sie erfassen auch Daten über die Ernährung und das Wachstum der Bäume, die Witterung und den Bodenzustand. Auch wenn die Experten bei der Interpretation der Daten heute vorsichtiger als in den 1980er Jahren sind, zeigen diese, daß das Ökosystem Wald nach wie vor starken Umwelteinflüssen ausgesetzt ist, die problematische Veränderungen nach sich ziehen könnten. Aktuell diskutierte Gefährdungen sind etwa eine Überdüngung des Waldes durch Stickstoffeinträge aus dem Individualverkehr und der Landwirtschaft sowie vor allem der Klimawandel.

Wer die Frage nach dem Waldsterben oder nach anderen Umweltproblemen nur als naturwissenschaftliche Frage nach den Ursachen für seinerzeit neuartige Phänomene versteht, übersieht, daß ihre größere Bedeutung in der gesellschaftlichen Debatte und

³⁴ Kenneth Anders/ Frank Uekötter: Viel Lärm ums stille Sterben – Die Debatte über das Waldsterben in Deutschland, in: Frank Uekötter / Jens Hohensee (Hrsg.): *Wird Cassandra heiser? – Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004. S. 112-138.

³⁵ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV): *Wald-zustandserhebung 2010*.

³⁶ Siehe dazu Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA): *Wald-zustandsbericht 2010 für Baden-Württemberg*.

ihren Auswirkungen liegt. Die allgemein geteilte Sorge um die Gefährdung des Waldes hat in der Umweltpolitik, der Wissenschaft und nicht zuletzt im Umweltbewußtsein der Gesellschaft vieles von dem ausgelöst, was uns heute im Umgang mit Natur, Ressourcen und Energie als selbstverständlich erscheint.

Viele der damals aufgeworfenen Fragen sind bis heute aktuell, dies zeigt die aktuelle Diskussion über den Klimawandel, der in der öffentlichen Wahrnehmung inzwischen als das umweltpolitisch drängendste Umweltproblem gilt. In dieser gegenwärtigen Umweltdebatte wird nun das Beispiel des Waldsterbens – von Warnern wie Skeptikern gleichermaßen – als Beispiel herangezogen, um daraus weitreichende Lehren oder Argumentationen abzuleiten. Die Parallelen – eine große öffentliche Betroffenheit, das Problem der ökosystemaren Komplexität und Ungewißheit, der gesellschaftliche Konsens in der Sorge um den Wald sowie der zivilisations- und wachstumskritische Subtext – liegen auf der Hand. Die zentrale Frage ist jedoch nicht, ob dieses Mal die Worst-Case-Szenarien zutreffen. Vielmehr geht es darum, ob und wie derartige – stets unsichere – Prognosen über hochkomplexe Naturphänomene und ihre Entwicklung erstellt werden können und wie Politik und Gesellschaft mit solchen wissenschaftlichen Aussagen und Prognosen umgehen sollen. Dies hat die Waldsterbensdebatte gezeigt: Umweltprobleme sind gesellschaftliche Probleme und kulturelle Fragestellungen. Dabei geht es um die Verständigung über grundsätzliche Fragen nach Freiheit und Verantwortung, nach dem angemessenen Umgang mit Risiken, nach dem Verhältnis von Gewißheit und Zweifel und nach den Prinzipien, auf denen unser Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen beruht oder beruhen sollte.